

Ehrhart Neubert

### Die kirchliche Opposition und ihre Außenkontakte im Blick der Stasi

#### *Kirche und Opposition im SED-Staat*

Die Kirchen und jede religiöse Lebensäußerung waren im totalitären Einheitsstaat der DDR ein Fremdkörper, allein schon ihre bloße Existenz stellte strukturell und geistig den kommunistischen Anspruch in Frage. Die SED hat aber, sieht man von den kirchenpolitisch harten fünfziger Jahren ab, die Existenz der Kirchen aus innen- und zunehmend auch aus außenpolitischen Gründen hinnehmen müssen. Sie gestaltete deswegen ihren antikirchlichen Kampf so, daß er nicht mehr als offene Verfolgung identifiziert werden konnte. Untereinander sprachen die Herrschenden von der Kirche als einer „legalen Position des Feindes“.

Die Kirchen haben in dieser Herausforderung unterschiedliche Wege beschritten. Zunächst haben sie im Ringen um Religionsfreiheit und Selbstbehauptung ihr Recht eingeklagt. Eine Symbolfigur des Kampfes um das Recht auf freie Religionsausübung war in den fünfziger Jahren der Berlin-Brandenburger Bischof Otto Dibelius. Angesichts der kirchenpolitischen Willkür des SED-Regimes verloren die Kirchen den Kampf um das Recht. So konnten sie in den letzten Jahrzehnten schließlich lediglich die ethische und sozial-ethische Legitimation religiösen Handelns betonen. Dabei bemühten sie sich, Konflikte zu vermeiden und einen Status quo zwischen Staat und Kirche anzustreben.

Diese Politik fand seinen sinnfälligsten Ausdruck in dem Treffen zwischen SED-Chef Honecker und führenden Kirchenleuten am 6. März 1978. Hier gab es zwar einige Erleichterungen für die kirchliche Arbeit, aber die grundsätzlichen Konflikte zwischen Kirche und SED-Staat wurden nicht angesprochen und blieben für die Zukunft ungelöst. Der weltanschauliche Wahrheitsanspruch des Staates konnte nicht eingegrenzt werden, und die Menschenrechtsfrage blieb ausgeklammert. Damit war bei den Kirchen eine Entwicklung von einer apologetischen und konfrontativen Politik hin zu einer loyalistischen Haltung programmiert, in der der Staat seine Dominanz nicht aufgab.

Doch dieser „Scheinfriede“, wie Oskar Brüsewitz diese Entwicklung in seinem Abschiedsbrief vor seiner Selbstverbrennung 1976 genannt hat,<sup>1</sup> brachte in den praktischen Beziehungen zwischen Kirchenvolk und SED-Staat keine wirkliche Entspannung. Die Kirchen pendelten weiter zwischen den Polen ihrer ambivalenten Situation im Sozialismus. Einerseits waren sie mit ihrer loyalen Haltung die letzte legitimatorische Stütze des SED-Staates, dem die Menschen in den realen Westen und in den virtuellen Fernsehwesten davonliefen. Andererseits waren sie der letzte gesellschaftliche und öffentliche Raum, den die SED nicht komplett beherrschen konnte. Von daher waren die Kirchen auch ein Magnet für alle möglichen emanzipatorischen und ethischen Bestrebungen in der DDR, sie wurden zum Handlungsraum für kritische Geister. Allmählich konnte sich innerhalb ihrer Strukturen eine Opposition formieren.

In geistiger und organisatorischer Hinsicht war diese Opposition Teil der Kirche, wenn sie auch insgesamt betrachtet nie als ein geschlossenes soziales und politisches Gebilde auftrat. Die Grenzen zu den Kirchen waren fließend, die Politisierung unterschiedlich ausgeprägt, und auch die Motive waren höchst verschieden. Aus relativ amorphen kirchlichen Strömungen und Bewegungen, wie etwa der Bewegung „Schwerter zu Pflugscharen“, bildeten sich in den achtziger Jahren Hunderte von Gruppen, die ihrerseits immer enger vernetzt waren, einen blühenden Samisdat unterhielten und in die Öffentlichkeit drängten. Sie waren jenes Potential, aus dem sich im Herbst 1989 die revolutionären Bürgerbewegungen bildeten.<sup>2</sup>

Während der achtziger Jahre war die kirchliche Opposition im gesamten kritischen Umfeld der DDR politisch und geistig dominierend. Der dissidentische Marxismus war verbraucht und konnte kaum noch eine kritische Kompetenz entfalten. Mit dem Tod von Robert Havemann, dem letzten oppositionellen Marxisten, der seit 1979 eine Verbindung zur kirchlichen Friedensbewegung (etwa zu Rainer Eppelmann) eingegangen war, hatte der dissidentische Marxismus im Jahre 1982 seine produktive Kraft verloren. Die späteren sogenannten Reformkommunisten, die teilweise nach 1990 in der zur PDS umbenannten SED unterkamen, vollzogen allenfalls noch taktische Manöver, um die Macht der SED zu erhalten.

In den politischen Wissenschaften ist bisher nur ungenügend wahrgenommen worden, daß der durch lange Jahre der Bedrückung geschwächte und in Teilen durch seine Anpassung an den SED-Staat korrumpierte ostdeutsche Protestantismus diese herausragende Rolle hat spielen können. Die entscheidende Phase der Herbstrevolution 1989 ist durch die kirchlich geprägte Opposition getragen worden.

Die oppositionelle Rolle ist das Produkt eines Konfliktes des Protestantismus mit sich selbst, denn die theologisch-geistliche Legitimation für eigenständiges politisches Handeln gegen die Diktatur entfaltete sich in einer sehr kritischen und selbstkritischen Debatte um die traditionellen Deutungsmuster des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche. War die lutherische Zwei-

<sup>1</sup> H. MÜLLER-ENBERGS/W. STOCK/M. WIESNER, *Das Fanal. Das Opfer des Pfarrers Brüsewitz aus Rippicha und die evangelische Kirche*, Münster 1999, S. 234.

<sup>2</sup> Dazu E. NEUBERT, *Geschichte der Opposition in der DDR 1949 bis 1989*, Berlin 1999.

Reichelehre ursprünglich eine Folie des konservativen Protestantismus gewesen, um ihre Staatsnähe zu legitimieren, wurde die Lehre in der DDR-Zeit ausgerechnet von einem Teil der Loyalisten benutzt, um die vom SED-Staat verlangte Rücknahme der Kirche aus der Öffentlichkeit zu akzeptieren. Auch die Rezeption der Bekennenden Kirche in der NS-Zeit spielte in diesem Zusammenhang eine Rolle. Erschwerend wirkte schließlich der Umstand, daß der mitteldeutsche Protestantismus kaum über demokratische Traditionen verfügte. In demselben Maße wie er der NS-Diktatur selten mit einer demokratischen, rechtlich begründeten und freiheitlichen Argumentation gegenübergetreten war, hat er sich später in der DDR durch Rechtsferne, Ablehnung der individuellen Menschen- und Freiheitsrechte und die Unfähigkeit zum geistigen und geistlichen Widerspruch gegen die Säkularisierung ausgezeichnet. Dabei beriefen sich die ostdeutschen Kirchenführer ausgerechnet auf Dietrich Bonhoeffer. Eine Bonhoeffer-Rezeption gab es eigentlich gar nicht, der im April 1945 ermordete evangelische Theologe wurde vielmehr lediglich als Stichwortgeber gebraucht. Die von ihm stammenden Begriffe wie etwa „Kirche für andere“ wurden simplifizierend zu Formeln der Staats- und Sozialismusnähe. Statt mit Bonhoeffer eine Widerstandsethik zu entwickeln, klinkten sich wichtige theologische Vordenker in die Raster der kommunistischen Antifaschismusideologie und damit in die DDR-Staatsdoktrin ein.<sup>3</sup>

Trotzdem fanden sich Theologen, die in ihrer Eigenschaft als Inspiratoren und Handlungsträger der Opposition in der Diskussion um den politischen Anspruch kirchlichen Handelns zu einer eigentümlichen neuen Verknüpfung des Religiösen mit dem Politischen kamen. Sie haben auf verschiedene Weisen die geistigen Grundlagen der demokratischen Idee neu erschlossen, vielleicht sogar aus deren theologischen Wurzeln rekapituliert. Dazu sollen im folgenden einige Beispiele genannt werden.

In der Rechts- und Menschenrechtsfrage entwickelten Theologen wie Joachim Fränkel, Ulrich Woronowicz, Jochen Tschiche oder Edelbert Richter eigenständige und eigenwillige theologische Konzepte. Ein breites Feld nahmen die Sozialethiker ein. Zu ihnen gehörten Christoph Ziemer, Friedrich Schorlemmer oder Rudi Pahnke. Heino Falcke, der auch in diesen Kontext gehört und auf der Ebene der Kirchenleitungen eine Ausnahme darstellte, entwickelte darüber hinaus aus einem bundestheologischen Ansatz einen partizipativen Politikanspruch, der im politisch relevanten Konziliaren Prozeß fruchtbar wurde. Eine Reihe von Theologen thematisierten den kulturellen Konflikt mit der Diktatur. Zu nennen sind hier Wolfgang Ullmann oder Dorothea Höck, die sich unter anderem mit der Totalitarismusanalyse beschäftigt haben. Schließlich sind die pragmatischen Theologen wie Rainer Eppelmann und Walter Schilling zu nennen, die gesellschaftliche Randgruppen und subkulturelle Jugend- oder Künstlermilieus in die kirchliche Arbeit integrierten und dadurch zivilgesellschaftliche Konzepte umsetzten.

<sup>3</sup> Zur Kritik der Bonhoeffer-Rezeption in der DDR vgl. W. KRÖTKE, *Der zensierte Bonhoeffer. Zu einem schwierigen Kapitel der Theologiegeschichte in der DDR*, in: *Zeitschrift für Theologie und Kirche* 3 (1995), S. 329 ff. Siehe auch L. MOTIKAT, *Dietrich Bonhoeffer als Theologe (in) der DDR. Vortrag in Heilbronn*, 25.03.1995 (Manuskript im Besitz des Autors).

Solche Theologien, die von den oppositionellen Gruppen aufgenommen und multipliziert wurden, waren in den Kirchen umstritten und wurden von den Loyalisten abgelehnt oder sogar bekämpft. Die Loyalisten waren keine Vermittler zwischen SED-Staat und Kirchen und schon gar nicht zwischen dem Staat und den oppositionellen Gruppen. Sie haben sich auf den von den Kommunisten praktizierten asymmetrischen Dialog eingelassen und die kommunistische Selbstdeutung von Staat, Gesellschaft und deren Verhältnis zur Kirche übernommen. Deswegen haben sie aus eigenem Antrieb immer wieder oppositionelle Personen und Gruppen aus kirchlichen und gemeindlichen Strukturen ausgeschlossen und häufig staatskritische Aktivitäten verboten. Allerdings gelang es ihnen nie, die Tätigkeit der oppositionellen Gruppen vollständig zu beschränken, da ihnen kirchliche Mitarbeiter und die kirchliche Basis weithin nicht folgten. Die restriktive Praxis vieler Verantwortlicher in den Kirchenleitungen konnte so durch die Zivilcourage der kirchlichen Basis einigermaßen kompensiert werden.<sup>4</sup>

Die Loyalisten bekämpften aber nicht nur jeden theologisch begründeten Anspruch auf politisches Handeln, sondern schufen für diesen innerkirchlichen Konflikt eine semantische Arena mit umkämpften Sprachregelungen. So wurde die relative Selbständigkeit der oppositionellen Gruppen in kirchenrechtlicher oder sozialstruktureller Hinsicht bestritten. Diese Gruppen sollten unter dem Sammelbegriff „Gemeinde“ erfaßt werden und damit auch für den Zugriff der Kirchenleitungen verfügbar sein. Den Gruppen wurde nur „zeichenhaftes Handeln“ zugestanden, politische Kompetenz wurde ihnen abgesprochen. Die kirchliche Sprachregelung lehnte den Begriff „unabhängige Friedensbewegung“ ab und sprach von der „eigenständigen Friedensarbeit der Kirche“ in der „Friedensbewegung der DDR“, die die SED-Politik mit einbezog. So mußte die Öffentlichkeit zur Kenntnis nehmen, daß die höchsten Kirchenfunktionäre, Bischöfe oder der Oberkonsistorialrat Manfred Stolpe bei offiziellen Auftritten des von der SED gesteuerten Friedensrates Honecker entsprechende Ergebnisadressen übergaben und das Konzept der „Koalition der Vernunft“ der SED-Führung mittrugen. Andere, wie etwa Christa Lewek, beteiligten sich an den großen Moskauer Friedentreffen, die der Multiplikation der sowjetischen Außenpolitik dienten. Auch sollten sich oppositionelle Gruppen oder Initiativen weder nach außen noch nach innen hin selbst vertreten dürfen. Und wenn die Gruppen die Kirchenleitungen um Weiterleitung von Petitionen oder Erklärungen baten, wurde dies ignoriert oder schroff zurückgewiesen.<sup>5</sup> In welchem Maße sich die Kirchenleitungen von den oppositionellen Gruppen distanzieren, zeigten die

<sup>4</sup> Erst unter dem Druck der Verhältnisse in den Wochen der Revolution 1989 gingen Kirchenführer dazu über, an den Runden Tischen eine Vermittlerrolle zu übernehmen. Bis in den Oktober hinein versuchten die Vertreter der Kirchenleitungen, mäßigend auf die Opposition einzuwirken. In die neue Rolle wurden sie durch die Opposition Ende November 1989 hineingedrängt. Ich selbst gehörte zu der Berliner Kontaktgruppe der Opposition, die einen solchen Beschluß faßte.

<sup>5</sup> Vgl. M. Ziegler, Brief des Sekretariats des BEK vom 29.06.1987 an den Fortsetzungsausschuß des Seminars „Frieden konkret V“, betreffs Arbeitsmaterialien und Eingaben des Seminars (Archiv Bernd Albani).

nach 1990 zugänglichen Akten staatlicher Stellen. Hier häufen sich aggressive Vorwürfe und weinerliche Klagen über die Gruppen auf peinliche Weise. Es ist nicht verwunderlich, daß sich unter den theologischen Gegnern der Opposition viele befanden, die vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) als Inoffizielle Mitarbeiter (IM) registriert waren.

Die theologisch-politischen Auseinandersetzungen waren eine günstige Gelegenheit für die SED-Politik. Ihr konspiratives Organ, das MfS, konnte solche Konflikte nutzen oder auch inszenieren, es wollte den „Differenzierungsprozeß“ vorantreiben. So waren nicht nur in der kirchlichen Basis, sondern auch in den Oppositionsgruppen hunderte von kleinen Spitzeln platziert, die dort ihre Zersetzungsaufträge abarbeiteten. In tausenden von Aktenstücken des MfS, in Richtlinien und Maßnahmeplänen erscheinen regelmäßig die „kirchenleitenden IM“ zur Eingrenzung und Neutralisierung der Oppositionellen. Beispielsweise wurde in Vorbereitung der Aktion „Falle“ des MfS gegen die Umweltbibliothek und gegen die Zeitschrift *Grenzfall* im Jahr 1987 folgendes festgelegt: „Durch IM in kirchenleitenden Funktionen sind die Reaktionen der Kirchenleitung in Erfahrung zu bringen und darauf Einfluß zu nehmen, die staatlichen Forderungen durchzusetzen.“<sup>6</sup> Nach der Verhaftung zahlreicher Oppositioneller Mitte Januar 1988 und den sich anschließenden Protesten listete allein die Hauptabteilung XX/4 36 Inoffizielle Mitarbeiter auf, die für die MfS-Operationen einsetzbar waren. Davon sollten wiederum 25 IM zur „Beeinflussung bzw. Zersetzung“ verwendet werden. Aufgezählt wurden die Decknamen der Amtsträger vom Bischof bis zum Gemeindekirchenrat.<sup>7</sup>

Die Ziele dieser Zersetzung und Differenzierung nannte das MfS „Verkirchlichen“ und „Theologisieren“. Nach dem primitiven kommunistischen Verständnis von Religion bedeutete dies das „Entpolitisieren“ der Opposition. Die Strategen des MfS verstanden allerdings nicht, daß eine Theologisierung, die den Freiheitswillen transzendierte, den politischen Konflikt und die Kraft der Opposition verstärkte. Die schon erwähnte eigentümliche Verbindung von Religion und Politik in der DDR macht in dieser Form wie in manchen anderen mittelosteuropäischen Ländern im Totalitarismus Sinn. Während in offenen Gesellschaften die Trennung von Staat und Kirche der Emanzipation dienlich sein kann, versuchten die totalitären Staaten die Bevormundung der Bürger durch die Trennung von Religion und Gesellschaft zu untermauern. Als in diesen Diktaturen die politischen Probleme auf die universelle Ebene der Religion gehoben wurden, ließen sie sich nicht mehr administrativ eindämmen. Politische Aufgaben konnten ethisch definiert, mit kulturellen Identifikationen verbunden und als religiöses Bekenntnis erlebt werden, das Herz, Sinn und Verstand ergreift.

Diese Verbindung von Religion und Politik bzw. die Transzendierung des politischen Anliegens wurde in dissidentischen und oppositionellen Kreisen

<sup>6</sup> Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), ZA, Rechtsstelle 298, Bl. 28.

<sup>7</sup> Vgl. IM-Übersicht vom 01.02.1988; aufgelistet sind dort u.a.: IMB „Rolf“, IMB „Sekretär“, IMB „Hans Meier“, IMB „Nancen“, IMS „Ferdinand“, IMS „Martinus“, BStU, ZA, HA XX/4 3163, Bl. 1–4.

aller mittelosteuropäischer Länder nicht nur als eine bloße Gelegenheit zur Optimierung eines strategischen Synergismus betrachtet, sondern als eine der Voraussetzungen für politisches Handeln. So hat Václav Havel in seinem Essay *Versuch, in der Wahrheit zu leben* den Schauplatz der Auseinandersetzung zwischen dem „posttotalitären System“ und der Opposition „auf der Ebene des menschlichen Bewußtseins und Gewissens, auf der existentiellen Ebene“<sup>8</sup> bestimmt. Hier würde der Mensch in die Lage versetzt „im Einklang mit seinen eigenen Intentionen“ das posttotalitäre System „in sich selbst zu negieren“. Der Versuch, gegen den Schein des Systems in der Wahrheit zu leben, ist bei Havel aber nicht der partikularistische Sonderweg oder eine Flucht, sondern enthält ein „Element der Universalität“ in der „Verantwortung für die Welt und der Welt gegenüber“.<sup>9</sup> Im Christentum sah er ausdrücklich eine Möglichkeit, diese Universalität beizusteuern.

In Polen führte ein solcher Ansatz seit Ende der siebziger Jahre zu einem Zusammengehen von linken Intellektuellen und Teilen der katholischen Kirche. Adam Mischniks erstmals 1977 erschienene Schrift *Die Kirche und die polnische Linke* war Programm und Ausdruck einer nicht zuletzt unter dem Eindruck der Widerstandsethik Dietrich Bonhoeffers gewachsenen Symbiose. Für die polnische Dissidenz bedeutete nach Mischnik die „Begegnung mit dem Christentum auf der Basis von Werten wie Freiheit, Toleranz, Gerechtigkeit, Würde der menschlichen Person, Suche nach Wahrheit keine nur konjunkturbedingte Bündnisfrage, sondern verweist auf eine neue Ideengemeinschaft“.<sup>10</sup>

In der DDR wurde der politische Anspruch der Kirchen, wie erwähnt, von verschiedenen theologischen Ansätzen her begründet. Daneben gab es religionssoziologische Analysen, die die religiöse Komponente der politisch engagierten Gruppen herausarbeiteten.<sup>11</sup> So wurde empfohlen, daß die Kirche ihre politischen Gruppen als eine ihrer „Sozialgestalten“ definieren und nicht aus politischer Opportunität zurückweisen solle, weil diese entgegen dem kirchlichen Konsolidierungswunsch „innovatorisch und verändernd die Gesellschaft zu durchdringen“<sup>12</sup> suchten. Vor allem der Samisdat läßt erkennen, wie elementar der religiöse Hintergrund die Sprache und die politischen Wertvorstellungen der DDR-Opposition prägte.<sup>13</sup> Dies kann hier nicht weiter verfolgt werden. Es scheint jedoch unumgänglich, daß Erklärungsmodelle für die Existenz einer wirksamen Opposition und ihren Anteil am Zusam-

<sup>8</sup> V. HAVEL, *Versuch, in der Wahrheit zu leben*, Reinbek bei Hamburg 1990, S. 30.

<sup>9</sup> Ebd., S. 72.

<sup>10</sup> A. MISCHNIK, *Die Kirche und die polnische Linke*, München 1980, S. 193.

<sup>11</sup> Vgl. E. NEUBERT, *Reproduktion von Religion in der DDR-Gesellschaft. Ein Beitrag zum Problem der sozialisierenden Gruppen und ihrer Zuordnung zu den Kirchen*, Berlin 1986, erschienen in der Reihe der Theologischen Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen.

<sup>12</sup> E. NEUBERT, *Reproduktion von Religion in der DDR-Gesellschaft*, in: *außer der reihe* 1, Berlin 1985 (hrsg. von der Theologischen Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen).

<sup>13</sup> Vgl. I.-S. KOWALCZUK (Hrsg.), *Freiheit und Öffentlichkeit. Politischer Samisdat in der DDR 1985–1989. Eine Dokumentation*, Berlin 2002.

menbruch des Kommunismus nicht nur externe Faktoren, sondern auch die internen geistigen Prozesse berücksichtigen.

### *Außenkontakte oppositioneller Gruppen und Personen*

In der DDR waren Opposition und Widerstand immer auf die politischen Vorgänge in Ost und West bezogen, von den Entwicklungen im Ostblock waren sie unmittelbar betroffen. Als Deutsche schauten sie in die Bundesrepublik, die in politischer und kultureller Hinsicht zu einem westlichen bzw. westeuropäischen Land geworden war. Eine geregelte Kommunikation von Gegnern der SED über die Grenzen hinweg konnte es aber Jahrzehnte lang nicht geben, Restriktionen schnürten Kontakte ab. In Richtung Osten gab es erst während des Prager Frühlings 1968 bessere Verbindungen. Sie wurden zumeist von einzelnen Personen wie beispielsweise dem Schriftsteller Reiner Kunze aufrechterhalten. In dieser Zeit begann auch der Transfer von Ideen und gegenseitigen Anregungen. Noch aber fehlten in den mittelosteuropäischen Ländern organisierte oppositionelle Basisbewegungen. Auch in die Bundesrepublik und andere westliche Länder konnten nach dem Mauerbau 1961 nur schwer Kontakte hergestellt werden. Zwar waren die Ostdeutschen über Rundfunk und Fernsehen gut über die politischen Vorgänge im Westen und – soweit Informationen dorthin gelangten – über die DDR unterrichtet. Aber eine gewisse Systematisierung von Außenkontakten Oppositioneller konnte sich erst seit den siebziger Jahren entwickeln. Voraussetzung hierfür war zum einen die Entspannungspolitik, auf die der Osten aus wirtschaftlichen Gründen angewiesen war und die es den Herrschenden immer schwerer machte, die radikale physische und ideologische Abgrenzung aufrechtzuerhalten. Zudem haben die Veränderungen im Ostblock, wo die kommunistischen Parteien immer größere Mühe hatten, das ideologische Bild und die Realität ihrer Gesellschaften miteinander in Übereinstimmung zu bringen, allmählich zur Formierung der Opposition beigetragen. So engmaschig die Abgrenzung der DDR auch war, so sehr das MfS versuchte, Oppositionelle im In- und Ausland zu isolieren, so wenig gelang dies auf Dauer. Nicht nur Bücher oder Medien stellten Brücken dar, sondern auch zahlreiche menschliche Beziehungen und institutionelle Kontakte. Wie andere kommunistische Länder ‚exportierte‘ die DDR seit den siebziger Jahren unentwegt Dissidenten in den Westen, die sich ihrerseits häufig zu wichtigen Unterstützern der Zurückgebliebenen entwickelten und von der Bundesrepublik aus Kontakte nach Osteuropa unterhielten.

Die politischen Erträge dieser Außenkontakte nach Ost und West können nicht hoch genug eingeschätzt werden. Zunächst einmal boten Außenkontakte Oppositionellen die Möglichkeit, ihre eigene Existenz und die Art ihrer Aktivitäten in die Bundesrepublik und ins Ausland zu vermitteln. Zwar haben einige westliche Journalisten über oppositionelle Aktivitäten berichtet, doch den sachlichen und fachlichen Dialog konnten sie nicht ersetzen. Zudem stellten diese Verbindungen ein Gegengewicht zu den Aktivitäten der kirchlichen Loyalisten vor allem im Westen dar. Diese konnten fast unbeschränkt reisen und verbreiteten ein durchweg geschöntes Bild von der DDR, als gäbe

es im eigenen Land keine Menschenrechtsverletzungen und keine sozialen Probleme. Sie haben überdies in der Öffentlichkeit, in der Politik und in der Ökumene fast immer den Eindruck vermittelt, daß es keine ernst zu nehmende Opposition, sondern lediglich einige Querulanten gäbe, die in der Ost-Westentspannung eine störende Rolle spielten. Zum anderen erschlossen sich den Oppositionellen durch die Außenkontakte eine gesamtdeutsche und eine europäische Dimension. Ihr Ringen um politische Partizipation, um Freiheitsrechte und demokratische Werte unter den Bedingungen der Systemauseinandersetzung war nicht nur in der kleinen kommunistischen Provinz DDR ein Thema, sondern es war ein europäisches Thema. Die wichtigsten Oppositionsgruppen in der DDR verstanden sich als Teil der ‚blockübergreifenden Friedensbewegung‘ in Europa, die sich nicht der sowjetischen Politik unterwarfen.

Die Verbindungen zu den dissidentischen Kreisen in den mittelosteuropäischen Ländern waren stark eingeschränkt, vor allem dann, wenn die Staatsmacht deren Charakter erkannt hatte. Trotzdem konnten sie einigermaßen aufrechterhalten werden. Bisweilen gelang dies nur über Telefon, manchmal wurden auch Kuriere geschickt. Häufig waren es einzelne Personen, die die Verbindungen aufrecht erhielten und ihre Erfahrungen in die Debatten in den Gruppen oder im Samisdat weitergaben. Zunehmend gelang es in den legalen und halblegalen Zeitschriften der Opposition, Osteuropäer zu Wort kommen zu lassen.

Die kirchlichen Kontakte in die Ostblockländer spielten nur eine untergeordnete Rolle. Abgesehen von einigen Ausnahmen waren auf der offiziellen Ebene fast nur angepaßte und kommunismusfreundliche Kirchenvertreter anzutreffen. Bei ökumenischen Kontakten nach Polen, Ungarn oder zur ČSSR konnten ostdeutsche Oppositionelle bisweilen aber auch Gleichgesinnte entdecken. Dies gelang zeitweilig über die Aktivitäten der Aktion Sühnezeichen, die allerdings seit Mitte der siebziger Jahre überwiegend mit loyalistischen Ansätzen operierte.

Neben vielen dezentralen Basiskontakten gehörten zu den wichtigsten Vermittlern polnischen Gedankenguts Ludwig Mehlhorn und Wolfgang Templin. Als sich 1980 in Polen die Gewerkschaftsbewegung Solidarnosz gründete, wurden die Kontakte schnell ausgeweitet. Sie wurden jedoch schon bald wieder durch massive Reiseverbote eingeschränkt, und einige der ostdeutschen Kontaktleute wurden verhaftet.

Verbindungen zur tschechischen Charta 77 wurden sofort nach deren Gründung aufgenommen. Zu den ersten Verbindungsleuten gehörte u.a. der Jenaer Matthias Domaschk, der 1981 in einer Haftanstalt des MfS ums Leben kam. Der Naumberger Theologiestudent Günter Schau hatte ebenfalls sofort zu den Tschechen Kontakt aufgenommen. Wegen seiner Aktivitäten wurde er schon bald verhaftet und in den Westen abgeschoben. Seine Anregungen führten aber immerhin dazu, daß eine Naumberger Gruppe als Pendant zur Charta 77 das *Querfurter Papier* entwarf, welches freilich nach kurzer Verbreitung vom MfS unterdrückt wurde.

Seit Mitte der achtziger Jahre konnten sich einige stabile mittelosteuropäische Kommunikationsstrukturen halten. Dazu gehörte das Netzwerk Greenway, das 1985 von Ungarn aus initiiert wurde. An einer Greenway-Konferenz

in Polen nahmen 1987 auch DDR-Vertreter teil. Seitdem gab es auch Verbindungen zu den baltischen Umweltbewegungen.

Neben den aktionsorientierten Verbindungen waren die inhaltlichen Inspirationen besonders wichtig. Zu den vielen politischen Anregungen, die aus Mitteleuropa kamen, gehörten die zivilgesellschaftlichen Konzepte zur Überwindung der parteiabhängigen Gesellschaft. Aus Polen kamen die Samisdatbewegung und verschiedene Dialogansätze, die Tschechen lieferten Stichworte wie „Selbstverwaltung“ oder „Parallelgesellschaft“, aus Ungarn bzw. von György Konrád stammte der Begriff „Antipolitik“. Dies beeinflusste die Dialogkonzepte und den Samisdat der DDR-Opposition, wie sie auch alternative soziale Formen und Begriffe befruchteten, etwa Bärbel Bohleys Vorstellung von einer „Gesellschaft von unten“. Prinzipiell handelte es sich dabei um vopolitische Konzepte, die aber politische Bedeutung bekamen, weil die ansatzweise Rekonstruktion von Gesellschaft Politik erst ermöglichte.<sup>14</sup>

Die aus Osteuropa in die DDR getragene Mitteleuropa-Debatte und die Infragestellung der Ordnung von Jalta führte auch in der DDR-Opposition zu neuen Ansätzen in der Deutschlandpolitik. Diese setzten sich deutlich von den offiziellen kirchlichen Positionen ab, die im wesentlichen die sozialdemokratische, aber auch von der konservativen Kohl-Regierung nicht in Frage gestellte Stabilitätspolitik beinhalteten. Wegen der sich daraus ergebenden Vorteile und der Zementierung des Status quo hatte auch der Ostblock diese Politik übernommen. Osteuropäische Dissidenten vertraten seit Anfang der achtziger Jahre die Meinung, daß von der Teilung Europas und Deutschlands die eigentliche Bedrohung in der Friedensfrage ausgehen würde und diese Teilung deswegen überwunden werden müsse. Die tschechische Charta 77 schrieb etwa 1985 in einem Brief an die 4. END-Konferenz<sup>15</sup> in Amsterdam den *Prager Appell*: „Gestehen wir den Deutschen also offen das Recht zu, sich frei zu entscheiden, ob und in welchen Formen sie die Vereinigung ihrer beiden Staaten in den jetzigen Grenzen wünschen.“<sup>16</sup> Mit dieser Aufforderung, auf die ostdeutsche Oppositionelle antworteten, war ein europäisches Tabu verletzt worden, an das selbst viele Ostdeutsche nicht rühren wollten. Zwar hatten Robert Havemann und Rainer Eppelmann in ihrem *Berliner Appell* schon 1982 auch in der deutschen Frage die Selbstbestimmung der Deutschen eingeklagt. Nach der Unterdrückung des Appells war aber die Debatte zunächst abgeklungen, zumal auch die kritischen Protestanten durch das Problem der deutschen Schuld traumatisiert waren. Unter dem Drängen der Osteuropäer wurden seit Mitte der achtziger Jahre neue Ansätze gesucht. Edel-

<sup>14</sup> Siehe hierzu K. TIMMER, „Für eine zivile Gemeinschaft zivilisierter Bürger.“ *Die ideellen Grundlagen der DDR-Bürgerbewegung 1989/90*, in: G. HEYDMANN/G. MAI/W. MÜLLER (Hrsg.), *Revolution und Transformation in der DDR 1989/90*, Berlin 1999.

<sup>15</sup> END: European Nuclear Disarmement.

<sup>16</sup> Zitiert nach L. MEHLHORN, *Der politische Umbruch in Ost- und Mitteleuropa und seine Bedeutung für die Bürgerbewegung in der DDR*, in: *Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“* (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag, 1995, Bd. VII/2, S. 1432.

bert Richter und sein Naumburger Friedenskreis entwickelten damals Konföderationspläne.<sup>17</sup>

Die Außenkontakte oppositioneller Gruppen und Personen in den Westen verliefen über mehrere Stränge. Zunächst sind die zahlreichen Zufallsbekanntschaften zu erwähnen. Aus dem Reiseverkehr westlicher Gruppen ergaben sich zufällige Berührungen, die bisweilen zu dauerhaften Verbindungen führten. Daneben versuchten politisch interessierte und kirchliche Gruppen aus Westdeutschland und aus dem westlichen Ausland am Rande von offiziellen und kommerziellen Reisen Kontakte zu knüpfen.

Wichtiger waren die offiziellen ökumenischen Kontakte der Kirchen auf verschiedenen Ebenen. Dies reichte von kirchlichen Arbeitsgruppen bis hin zu Gemeindekontakten. Allerdings handelte es sich um sehr unterschiedliche Partner, da das Bild der westlichen Besucher sehr bunt war. Manch ein westlicher Kirchenvertreter war derart auf die Loyalisten fixiert, daß er Oppositionelle mied oder diesen gar die Vorzüge des Sozialismus und die Schrecken des Westens erklären wollte. Freilich gab es im Westen auch diejenigen, die mit Kritikern zusammenarbeiteten.

Von größter Bedeutung waren schließlich die selbst organisierten politischen Kontakte. Diese Kontakte waren oft nur unter Schwierigkeiten zu knüpfen und aufrechtzuerhalten. Nach Westdeutschland und Westeuropa konnten Oppositionelle nur sehr selten reisen. Deswegen hatten Besuche aus dem Westen eine große Bedeutung. Politiker haben nur selten Oppositionelle in der DDR besucht; neben wenigen Sozialdemokraten, CDU- und FDP-Parlamentariern waren es vor allem einige Grüne, die solche politischen Besuchsreisen unternahmen. Einige Organisationen und kirchliche Gruppierungen aus dem westlichen Ausland wie etwa westdeutsche oder internationale Menschenrechtsorganisationen sind ebenfalls in die DDR gereist. Da sie aber im Westen zu Gunsten von Verhafteten und anderen Repressierten Öffentlichkeit herstellten, waren sie nicht geeignet, dauerhafte und stabile politische Beziehungen einzugehen. Günstiger gestalteten sich die Kontakte zu den westlichen Friedensbewegungen, soweit sie nicht ausschließlich mit den Kommunisten zusammenarbeiteten. Hier gab es neben einzelnen Westdeutschen auch Franzosen, Niederländer, Briten und Dänen, die Verbindungen zu ostdeutschen Oppositionellen suchten. Ein häufiger Gast in der DDR war der ursprünglich aus Deutschland stammende Engländer Paul Oestreicher, der allerdings ein enges Verhältnis zu den Loyalisten hatte und dessen Haltung Oppositionellen nicht immer eindeutig erschien. Verbindungen zu nichtdeutschen westeuropäischen Personen und Organisationen erschienen überdies Oppositionellen, wie auch den kirchlichen Loyalisten, unverfänglicher, da durch eine solche Zusammenarbeit die tabuisierte deutsche Frage nicht vordergründig berührt war.

Die Fülle der Kontakte kann hier nicht aufgezählt werden. Sie nahmen Mitte der achtziger Jahre zu und konnten bisweilen auch von der SED-Regierung nicht mehr völlig ignoriert werden. Das oppositionelle Netzwerk

<sup>17</sup> Textbeispiel bei C. DIETRICH, *A.E.I.O.U. Naumburg 1987*, in: S. BICKHARD, *Aufbrüche Teil II, Samisdat*, Naumburg/Berlin 1987, ohne Paginierung.

Ärzte für den Frieden etwa konnte Kontakte zur IPPNW<sup>18</sup> aufbauen. Die SED weigerte sich allerdings, dieses Netzwerk als Gruppe in die DDR-Sektion der IPPNW aufzunehmen. Auf internationalen Druck arbeiteten die kritischen Ärzte als Einzelpersonen mit.

Eine besondere Rolle spielte der Interkerkelijk Vredesberaad (IKV) aus den Niederlanden, dessen Beziehungen in die DDR durch die ökumenische Zusammenarbeit entstanden waren. Das Engagement des IKV, das sich im Zusammenhang mit den END-Konferenzen und im Eintreten für eine Entspannungspolitik unter Einschluß der mittelosteuropäischen Gesellschaften manifestierte, verließ den Rahmen des Selbstverständnisses der offiziellen Kirche. Die Niederländer hatten über die bloße Rüstungsfrage hinaus den europäischen Friedensprozeß als eine Aufgabe gesehen, deren Lösung von der unmittelbaren Beteiligung der kritischen Potentiale im Osten abhängt. Mehrere IKV-Papiere kursierten in der DDR-Opposition. Wenn auch die Rückkopplung bisweilen schwach war, so gehörten die Ideen des IKV zum Bestandteil oppositioneller Überlegungen.

Es verwundert nicht, daß die offizielle DDR-Kirche energisch gegen alle Vorhaben einschritt, die aus den Niederlanden im Sinne einer ‚Entspannung von unten‘ kamen. Zu einer ersten Auseinandersetzung kam es nach der Erklärung der Niederländischen Reformierten Kirche, die im Jahr 1980 eine Denuklearisierung der Niederlande forderte. Dieser Vorschlag wurde auch vom IKV aufgenommen. Als im Juni 1981 die Ad-hoc-Gruppe des Referates Friedensfragen der Theologischen Studienabteilung mit Jochen Garstecki und Walter Romberg eine Erklärung abgab, die den niederländischen Vorschlag als Anregung für Abrüstungsbemühungen unterstützte, kam es im Bund der Evangelischen Kirchen (BEK) zu heftigen Auseinandersetzungen. Die BEK-Spitzen wollten der DDR den Verzicht auf nukleare Verteidigung nicht zumuten. Sie untersagten Garstecki strikt, ohne kirchliche Legitimation derartige Erklärungen abzugeben. Als im Mai 1982 der Sekretär des IKV Mient Jan Faber seiner Organisation vorschlug, eine „Kirchliche Plattform auf europäischen Niveau“<sup>19</sup> zu gründen, an der Vertreter west- und osteuropäischer gesellschaftlicher Initiativen teilnehmen sollten, protestierte der Vorsitzende der Konferenz der Kirchenleitungen, Bischof Werner Krusche, in scharfer Form beim Raad van Kerken in den Niederlanden.<sup>20</sup> Der IKV hat sich durch solche Attacken nicht einschränken lassen. Er hat weiterhin kritische Anfragen im Hinblick auf die DDR-Kirchen gestellt<sup>21</sup> und „Strategien für die Zukunft“<sup>22</sup> der gesellschaftsorientierten Friedenspolitik entworfen

<sup>18</sup> IPPNW: International Physicians for the Prevention of Nuclear War.

<sup>19</sup> M.J. Faber, Kirchliche Plattform auf europäischen Niveau. Mai 1982, maschinenschriftlich, Kopie, 2 Seiten (Archiv Ehrhart Neubert).

<sup>20</sup> Brief von Werner Krusche an den Präsidenten Berkhof vom niederländischen Raad van Kerken vom 21.06.1982, Kopie, 2 Seiten (Archiv Ehrhart Neubert).

<sup>21</sup> Brief von Mient Jan Faber, Generalsekretär des IKV, an die Theologische Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 15.02.1984, 's-Gravenhage, Kopie (Archiv Ehrhart Neubert).

<sup>22</sup> Strategien für die Zukunft, 1984, maschinenschriftlich, Kopie, 20 Seiten (Archiv Ehrhart Neubert).

sowie an seiner Kontaktpolitik, die als „Völkerdiplomatie“ verstanden wurde, festgehalten.

Durch mehrere Basiskontakte des IKV zu Friedensgruppen in der DDR (u.a. zu den Mecklenburger Friedenskreisen) konnten diese Aktivitäten bisweilen den Charakter einer politischen Aufbauarbeit annehmen. Als im Mai 1988 in Budapest ein Treffen zwischen Vertretern des niederländischen IKV sowie Teilnehmern aus Ungarn und der DDR stattfand, wurde von dieser Gruppe ein Papier ausgearbeitet, das in den Konziliaren Prozeß eingebracht werden sollte. Man wollte sich „verbinden im Kampf für die Respektierung der Menschenrechte, für eigenständige Gruppenbildungen und Institutionen, überhaupt für eine Gesellschaft auf pluralistischer Basis. Der Staat ist eine Funktion der Gesellschaft und nicht umgekehrt.“<sup>23</sup>

### *Aktivitäten des MfS*

Der SED-Staat sah alle internationalen Beziehungen von Oppositionellen als eine Gefahr an. Die Handlungsoptionen der SED und des MfS waren von ihren ideologisch bedingten Feindbildern geprägt. Die von ihnen gefürchtete sogenannte „politisch ideologische Diversion“ (PID) und die „politische Untergrundtätigkeit“ (PUT) konnten entsprechend dem Bild, das sie von einer sozialistischen Gesellschaft hatten, nicht aus den Unzulänglichkeiten des eigenen politischen Systems herrühren. Sie mußten entweder ideologisch aus kapitalistischen Ländern infiltriert sein oder direkt durch die Steuerung westlicher Geheimdienste, die sich sogenannter „Feindorganisationen“ bedienten, verursacht sein. Zahlreiche Untersuchungsvorgänge zeigen die verzweifelten Versuche des MfS, dagegen vorzugehen. Oft war die Spionageabteilung, die Hauptverwaltung Aufklärung (HVA), daran beteiligt, den Nachweis zu erbringen, daß die DDR-Opposition von außen gesteuert sei. Diese war ihrerseits bemüht, ihre Unabhängigkeit nachzuweisen. Schon aus diesem Grund gab es manche Selbstbeschränkung bei den Kontaktaufnahmen. Immerhin konnte bei Kontakten zu westlichen Friedensorganisationen das Argument ins Feld geführt werden, daß diese nicht mit der Nato konform wären.

Das MfS versuchte, die vollständige Kontrolle über die Außenkontakte zu erreichen. Auf der Grundlage gewonnener Informationen konnten Verbindungen unterbrochen, verhindert oder gestört werden. Relativ einfach war der Zugriff auf die DDR-Oppositionellen. Sie wurden oft mit Reiseverboten in sozialistische und nahezu generell in alle westlichen Länder belegt. Oft haben in westliche Organisationen eingeschleuste oder dort angeworbene MfS-Agenten zugleich Informationen über die DDR-Dissidenten gewonnen. Ohnehin waren viele Oppositionelle dauerhaften „Zersetzungsmaßnahmen“ ausgesetzt. Der stillen Bekämpfung aus dem konspirativen Hinterhalt wurde in den achtziger Jahren der Vorzug gegeben, da Verhaftungen häufig für die SED unangenehme Proteste auslösten. Verfolgungsmaßnahmen wurden

<sup>23</sup> B. ALBANI u.a., „*Christen sind durch Gottes Berufung [...]*“, Budapest, Mai 1988, Ormigabzug, 2 Seiten.

auch dann noch fortgesetzt, wenn Oppositionelle schon in die Bundesrepublik abgeschoben waren, wie Jürgen Fuchs oder Roland Jahn. Besonders intensiv arbeitete das MfS, wenn diese Personen in der blockübergreifenden Friedensbewegung arbeiteten.<sup>24</sup>

Daneben spielte die Bekämpfung der ausländischen Kontaktpersonen und ihrer Organisationen, die „Feindorganisationen“, eine Rolle. Hier kam es dem MfS darauf an, diese Gruppierungen mit Spionen und Einflußagenten zu unterwandern, öffentlich zu diskreditieren und nach Möglichkeit zur Aufgabe ihrer Beziehungen zu veranlassen. Da das MfS vorwiegend personenbezogen arbeitete, wurden die als gefährlich geltenden Kontaktpersonen besonders bearbeitet. Häufig wurden sie mit Einreisesperren belegt, und das gesamte geheimdienstliche Instrumentarium wurde zur Anwendung gebracht.

Besonders aufwendig waren die Bemühungen der Stasi, die Kontakte von Oppositionellen zu den polnischen dissidentischen Organisationen und seit 1980 zu der Gewerkschaft Solidarnosz zu verhindern. Polen war seit 1980 mit Billigung der Sowjets „Operationsgebiet“ des MfS, das dort eigene Stützpunkte unterhielt. Dem MfS gelang es u.a., eigene Agenten als Verbindungspersonen einzuschleusen. Als Polen nach 1981 jahrelang von DDR-Oppositionellen kaum noch besucht werden konnte (während polnische Dissidenten seit 1986 vereinzelt in die DDR einreisen konnten), wurden sporadisch die ČSSR und Ungarn für Treffen genutzt. Zumeist war das MfS hierüber informiert, und die dortigen Geheimdienste kontrollierten solche Treffen.

In Westeuropa hatte das MfS erheblichen Einfluß auf die Friedensbewegung genommen, um über diese die sowjetische und die eigene Politik stützen zu lassen.<sup>25</sup> Die Friedensorganisationen, die sich als „blockübergreifend“ verstanden (wie der IKV oder die END), waren als feindlich eingestuft, weil sie ein Gegengewicht zur kommunistisch gesteuerten und beeinflussten Friedensbewegung darstellten und die Verbindung zu mittelosteuropäischen Dissidenten suchten. Deren Bekämpfung erfolgte in enger Zusammenarbeit mit dem sowjetischen KGB.<sup>26</sup> Auch gegen die Führungspersonen der IKV wie Mient Jan Faber wurden Maßnahmen ergriffen. Aufmerksam beobachtete das MfS jeden Kontakt. Als der friedensbewegte dänische Pfarrer Kaj Bollman aus Kopenhagen Verbindung zu Mecklenburger Oppositionellen aufnahm, reichte dies aus, um ihn und seine Gemeinde in Dänemark umfassend zu observieren.<sup>27</sup>

<sup>24</sup> Vgl. T. AUERBACH, *Der Frieden ist unteilbar. Die blockübergreifende Friedensbewegung im Visier der Stasi-Hauptabteilung XX/5 (1981 bis 1987)*, in: *Deutschland-Archiv* 30 (1997), S. 369–377.

<sup>25</sup> Vgl. H. KNABE, *Die unterwanderte Republik: Stasi im Westen*, Berlin 1999, S. 234 ff.

<sup>26</sup> Vgl. G. BESIER/S. WOLLE (Hrsg.), „Pfarrer, Christen und Katholiken.“ *Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR und die Kirchen*. Neukirchen-Vluyn 1991, S. 449.

<sup>27</sup> Vgl. E. NEUBERT/B. EISENFELD (Hrsg.), *Macht – Ohnmacht – Gegenmacht. Grundfragen zur politischen Gegnerschaft in der DDR*, Bremen 2002. 3. Bildkomplex. Westarbeit des MfS. Seite II.

Allein die Auswertung der SIRA-Datei,<sup>28</sup> die HVA-Quellen bis 1988 aufgelistet, ergab unter dem Suchbegriff IKV insgesamt 35 Quellen, d.h. Agenten der HVA. Der fleißigste von ihnen, die Quelle „Kai“, lieferte von 1985 bis 1988 78 Berichte, die sich auf den IKV, die niederländischen Kirchen und militärpolitische Fragen bezogen. Weitere 34 Quellen mit Decknamenangabe berichteten in insgesamt 48 Informationen über den IKV und andere Aktivitäten der blockübergreifenden Friedensbewegung. Sieben weitere Quellen (u.a. sowjetische, polnische und bulgarische, ohne konkrete Quellenangaben) lieferten zum gleichen Themenkreis 22 Informationen. Neben diesen HVA-Quellen haben Agenten anderer Dienstseinheiten, die hier nicht erfaßt sind, den IKV ausspioniert. In vielen Angaben werden auch die Verbindungen zu DDR-Oppositionellen und mittelosteuropäischen Dissidenten erwähnt. Aus den HVA-Dateien geht zudem hervor, daß etwa 90 Prozent der gewonnenen Informationen von den DDR-Organen an die Sowjets übermittelt wurden. Allein dies unterstreicht, welche politische Bedeutung dem IKV und anderen Friedensorganisationen sowie Vertretern einer ‚Entspannung von unten‘ beigemessen wurde.

Die Aktivitäten des MfS im Inneren der DDR gegen die Opposition und deren Westkontakte haben sicher manche politischen Entwicklungen verzögert, gewiß vielen Menschen schweren Schaden zugefügt und menschliches Leid erzeugt. Die Energie des MfS bei der „Zersetzung“ der DDR-Oppositionellen und ihrer Verbindungen rührte nicht nur aus den politischen Vorgaben. Das Personal des MfS war selbst eingesperrt im geistigen Getto seiner sozialistischen Ideologie. Kontaktverbote in den Westen und in das sogenannte kapitalistische Ausland betraf sie genauso wie ihre Familien. Nur manchmal konnten sie die begehrten Waren aus dem Westen kaufen, wenn das MfS wieder genug Pakete eingezogen hatte. Diese geistige und physische Enge hat die MfS'ler zum trotzigem und kleinlichen Kampf gegen einen Gegner veranlaßt, den sie latent falsch eingeschätzt und nur als Objekt gesehen haben. Dabei wurden Berge von Akten produziert, Informationen gesammelt, Analysen und Maßnahmepläne verfaßt. Doch die sich selbst zu Siegern der Geschichte erklärten Apparatschiks haben sich letztlich eine schwere Niederlage eingehandelt.

Sie konnten nie überblicken, daß es nicht nur um eine politisch-operative Auseinandersetzung ging, in der raffinierte geheimdienstliche Methoden eine Rolle spielen. Ihnen war verschlossen, daß es ein zivilisatorisch-kultureller, damit auch ein theologisch beschreibbarer Konflikt war, in dem die kommunistische Diktatur auf Dauer keine Chance hatte. Nach Hannah Arendt ist die Quelle der Macht, die Fähigkeit Beziehungen herzustellen.<sup>29</sup> Das jedenfalls ist stückweit der Opposition besser gelungen als dem MfS. Das Ministerium konnte zwar Gewaltpotentiale akkumulieren und Abhängigkeiten organisieren, nicht aber die Entfaltung einer europäischen Kultur der Freiheit aufhalten. Um diese ging es trotz aller Schwierigkeiten in den Kontakten zwischen ostdeutschen Oppositionellen und ihren Freunden in Ost- und Westeuropa.

<sup>28</sup> Folgende Angaben nach einer Recherche von Regina Teske, BStU.

<sup>29</sup> Vgl. H. ARENDT, *Vita activa oder vom tätigen Leben*. München 1996, S. 252.